

Wochendienst

Nr. 48

vom 30. November 2012

Redaktion: Katja Richardt

Auswahl aus den Mitteilungen der vergangenen Woche
Alle Ausgaben des Wochendienstes finden Sie im Internet unter:
www.hamburg.de/wochendienst

Arbeit, Soziales, Familie und Integration

Auf Initiative Hamburgs fordern alle 16 Bundesländer mehr Flexibilität beim Eingliederungstitel der Jobcenter.....	2
Mehr Plätze für Flüchtlinge und Wohnungslose.....	3

Gesundheit und Verbraucherschutz

ASMK fordert mehr Schutz vor psychischen Belastungen am Arbeitsplatz.....	5
---	---

Schule, Jugend und Berufsbildung

Schulzeitverkürzung und Profiloberstufe: bessere Leistung im Abitur.....	7
Senator Rabe will Übergang vom Gymnasium in die Oberstufe der Stadtteilschule ermöglichen	10
Wir handeln: Klimaschulen in Hamburg	12
„Grenzen überwinden – Zusammenarbeit organisieren“ - Zweitägige Fachtagung der Kultusministerkonferenz zum Übergang Schule – Beruf	18

Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

Steilshoop wird attraktiver.....	20
----------------------------------	----

Wissenschaft und Forschung

Max-Planck-Gesellschaft beschließt neues Institut für Struktur und Dynamik der Materie in Hamburg	23
Wattforscher gewinnen ersten Norddeutschen Wissenschaftspreis für Kooperationen in der Meeresforschung.....	26

Wirtschaft, Hafen und Verkehr

Bürgermeister Scholz eröffnet die U4-Verbindung in die HafenCity	28
Gemeinsam für den Hafen.....	29

Kultur

Der Hamburger Senat würdigt Hamburger Autorin	31
---	----

Zur Information

Terminkalender	32
----------------------	----

29. November 2012/basfi29

Auf Initiative Hamburgs fordern alle 16 Bundesländer mehr Flexibilität beim Eingliederungstitel der Jobcenter

Erfolg für Hamburg auf der Arbeits- und Sozialministerkonferenz

Auf der Arbeits- und Sozialministerkonferenz am 28. und 29. November in Hannover wurde der Hamburger Antrag, künftig nicht verausgabte Bundesmittel der Jobcenter in das Folgejahr zu übertragen, einstimmig angenommen.

Wie in den Jahren zuvor werden bundesweit in den Jobcentern die von der Bundesregierung für arbeitsmarktpolitische Fördermaßnahmen zur Verfügung gestellten Gelder bis zum Jahresende bei weitem nicht ausgeschöpft. Die nicht ausgegebenen Mittel drohen dann zu verfallen.

Die Ministerinnen und Minister, Senatorinnen und Senatoren für Arbeit und Soziales der Länder fordern ein klares Signal zugunsten der aktiven Förderung von Arbeitslosen im Rechtskreis SGB II und fordern die Bundesregierung auf, nicht verbrauchte Eingliederungsmittel künftig auf das Folgejahr zu übertragen zu können und eine umfassende Nutzung zu gewährleisten. Den Jobcentern soll darüber hinaus ein größerer Gestaltungsspielraum bei der Umsetzung von Maßnahmen und eine damit größere Planungssicherheit bei der Durchführung von Maßnahmen eingeräumt werden. Ein Verfall der Mittel sei nicht hinnehmbar, weil sich die Situation Langzeitarbeitsloser und ganz besonders der Langzeitbezieher verfestigt und dieser Personenkreis nur unzureichend am wirtschaftlichen Aufschwung der vergangenen Jahre teilgenommen hat.

Arbeits- und Sozialsenator Detlef Scheele: „Ein schöner Erfolg – einstimmig wurde der Hamburger Antrag angenommen, auch von den CDU-geführten Ländern. Nun ist die Bundesregierung in der Pflicht, die Beschlüsse umsetzen. Die Jobcenter stehen vor enormen Schwierigkeiten. Nicht nur die arbeitsmarktpolitischen Fördermittel wurden drastisch gekürzt, auch die haushaltstechnischen Vorgaben machen einen sinnvollen Mitteleinsatz nur schwer möglich.“

Für Rückfragen der Medien

Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration
Hamburger Straße 47 | 22083 Hamburg |
Pressestelle | Nicole Serocka

T +49 40 428 63- 2889 | F +49 40 428 63 - 3849 |

pressestelle@basfi.hamburg.de | www.hamburg.de/basfi

27. November 2012/basfi/bis27

Mehr Plätze für Flüchtlinge und Wohnungslose

Behördenübergreifende Koordinierungsgruppe stellt erste Ergebnisse vor

Die Zahl von Asylbewerbern in Hamburg ist deutlich gestiegen – wie in anderen Bundesländern derzeit auch. Während im ersten Halbjahr dieses Jahres durchschnittlich rund 80 Asylbewerber monatlich nach Hamburg gekommen sind, sind diese Zahlen seit September 2012 auf rund 300 Asylsuchende pro Monat angestiegen – insbesondere aus Ländern wie Afghanistan, dem Iran, Serbien und Mazedonien. Das Bundesamt hat seine Zugangsprognose inzwischen deutlich erhöht. Derzeit rechnet es für das Jahr 2012 mit insgesamt 70.000 Asylbewerbern in Deutschland. Das bedeutet, dass die Kapazitäten der Zentralen Erstaufnahme für eine Unterbringungszeit in den ersten drei Monaten langfristig nicht ausreichen werden. Auch in der Folgeunterbringung kommt es zurzeit immer wieder zu Engpässen. In insgesamt 53 Einrichtungen des Trägers fördern & wohnen (AÖR) leben zurzeit 8.400 Menschen – darunter Flüchtlinge, Wohnungslose und wohnungs-berechtigte Flüchtlinge.

„Nur wenn wir alle an einem Strang ziehen und sich die gesamte Stadt Hamburg solidarisch zeigt, werden wir es schaffen, bis zum Frühling mehr Plätze für Flüchtlinge und Wohnungslose zu schaffen“, betont **Sozialsenator Detlef Scheele**. „Das ist die Pflicht, nicht die Kür für eine solide Politik in Hamburg. Jetzt kommt es vor allem darauf an, dass die Bezirke in ihren jeweiligen Anhörungen schnell darüber entscheiden, wo wir konkret mehr Plätze schaffen können.“

„Durch die intensiven Bemühungen der vergangenen Wochen und das große Engagement aller Beteiligten ist es uns gelungen, zügig neue Kapazitäten für die Erstaufnahme von Asylbewerbern in der Stadt zu schaffen“, sagt **Volker Schiek, Staatsrat der Behörde für Inneres und Sport**. „Die Notunterbringung in Zelten hat damit rechtzeitig vor Beginn des Winters ein Ende.“

Beide Behörden haben Ende Oktober dieses Jahres eine gemeinsame Koordinierungsgruppe unter Leitung der beiden Staatsräte gegründet, die in allen sieben Bezirken geeignete Flächen und Objekte geprüft hat, beispielsweise leerstehende Schulen, Schulhöfe, Parkplätze u. ä. Nach einem guten Monat liegen erste Ergebnisse dieser Koordinierungsgruppe vor. In jedem Bezirk müssen die Kapazitäten für die Unterbringung von Zuwandern und Wohnungslosen bis Ende März 2013 ausgeweitet werden - entweder für die Zentrale Erstaufnahme oder für die öffentlich-rechtliche Unterbringung.

Wesentliche Ergebnisse für die Zentrale Erstaufnahme

Gegenüber der Zentralen Erstaufnahme in der Sportallee in Hamburg-Nord hat die Innenbehörde bereits Anfang November 2012 ein Gebäude mit Sozial- und Funktionsräumen angemietet. Damit steigt die Aufnahmekapazität an diesem Standort schrittweise auf bis zu 250 Plätze. Die beheizbaren Zelte in der Zentralen Aufnahmestelle in der Sportallee werden ab Dezember 2012 nur noch in Notfällen belegt werden. Ebenfalls für die Zentrale Erstaufnahme steht in Altona in der Schnackenburgsallee ein Containerdorf mit einer Aufnahmekapazität von bis zu 300 Plätzen zur Verfügung.

Maßnahmen für die öffentlich-rechtliche Unterbringung

Auch die Engpässe in der öffentlich-rechtlichen Unterbringung sollen beseitigt werden. Denn es kommen immer mehr Menschen aus den unterschiedlichsten Gründen nach Hamburg – nicht nur Asylsuchende, sondern auch Menschen aus Osteuropa, vor allem aus Rumänien und Bulgarien. Dadurch werden die Plätze für Wohnungslose und Flüchtlinge in der so genannten Folgeunterbringung - nach maximal drei Monaten Aufenthalt in Hamburg - insgesamt knapp.

Deshalb muss der Hamburger Senat sofort rund 1000 neue Plätze in der öffentlich-rechtlichen Unterbringung schaffen. Mit den geplanten Maßnahmen möchte die Freie und Hansestadt Hamburg ein deutliches Zeichen setzen, Menschen, die kein Dach überm Kopf haben, bedarfsgerecht und menschenwürdig unterzubringen. Der Ausbau weiterer Wohnkapazitäten wird auch die Notunterbringung in Hamburg deutlich entlasten – insbesondere im Pik As und im Rahmen des Winternotprogramms in der Spaldingstraße, weil es dann für die Menschen, die Rechtsansprüche haben, entsprechende Alternativen in der öffentlichen Unterbringung geben wird.

Für Rückfragen der Medien

Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration
Hamburger Straße 47 | 22083 Hamburg |
Pressestelle | Nicole Serocka
T +49 40 428 63- 2889 | F +49 40 428 63 - 3849 |
pressestelle@basfi.hamburg.de | www.hamburg.de/basfi

Behörde für Inneres und Sport
Johanniswall 4 | 20095 Hamburg |
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit | Frank Reschreiter
T +49 40 428 39- 2673 | F +49 40 428 39 - 2797 |
pressestelle@bis.hamburg.de | www.hamburg.de/innenbehoerde

29. November 2012/bgv29

ASMK fordert mehr Schutz vor psychischen Belastungen am Arbeitsplatz

Ministerkonferenz beschließt einstimmig Hamburger Antrag für eine bundesweite Verordnung – Drittes Umschulungsjahr in der Altenpflege soll regelhaft durch die Bundesagentur für Arbeit finanziert werden

Immer mehr Menschen werden aufgrund psychischer Probleme ärztlich behandelt und in vielen Unternehmen wird arbeitsbedingter Stress längst als ein wesentliches gesundheitliches Problem angesehen. Dennoch ist der Umgang mit arbeitsbedingten psychischen Belastungen im Arbeitsschutz bislang nicht geregelt. Eine Lücke, die auch die Arbeits- und Sozialministerkonferenz (ASMK) erkannt hat und die nun geschlossen werden soll. In Hannover forderten die Länder auf einen Antrag Hamburgs die Bundesregierung heute einstimmig auf, eine entsprechende Rechtsverordnung vorzulegen.

„Bedeutende psychische Belastungsfaktoren brauchen einen adäquaten Platz im betrieblichen Arbeitsschutz“, so **Cornelia Prüfer-Storcks, Hamburgs Senatorin für Gesundheit und Verbraucherschutz**, die gemeinsam mit Sozialsenator Detlef Scheele an der ASMK teilnahm. „Dazu bedarf es ebenso eines politischen Signals, wie der fachlichen Unterstützung und Qualifizierung der verantwortlichen Akteure. Dieses Signal wollen wir mit dem Beschluss geben und mit einer Rechtsverordnung ein wirkungsvolles Instrument zur gesundheitlichen Prävention am Arbeitsplatz schaffen.“

In der Verordnung soll als Konkretisierung des Arbeitsschutzgesetzes der Umgang mit arbeitsbedingten psychischen Belastungen verbindlich geregelt werden. Unternehmen sollen demnach künftig verpflichtend ermitteln, ob und welche Gefährdungen am Arbeitsplatz auftreten, etwa durch die Arbeitsaufgabe, -mittel, -organisation oder durch soziale Bedingungen. Die Verordnung soll Maßnahmen benennen, die eine mögliche Gesundheitsgefährdung durch psychische Belastungen verringern oder vermeiden. Ebenso sollen Risikofaktoren und Gestaltungsgrundsätze festgeschrieben werden, die in Betrieben zu berücksichtigen sind. Die Verordnung soll die Anforderungen an Betriebe dabei ebenso klar wie verbindlich beschreiben, so dass die Arbeitsschutzbehörden prüfen können, ob Unternehmen diese angemessen erfüllen.

Weiteres Thema der ASMK war die **Finanzierung des dritten Umschulungsjahres von Arbeitslosen zu Altenpflegerinnen bzw. Altenpflegern**. Bislang fördert die Bundesagentur für Arbeit nur zwei von drei Jahren. Oftmals scheitern Umschulungen an dieser Finanzierungslücke. Um dies zu vermeiden, wird in Hamburg das dritte Jahr durch die Stadt finanziert.

Bund und Länder haben sich nun auf eine Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive Altenpflege verständigt, die u.a. eine Förderung des dritten Ausbildungsjahres durch die Bundesagentur für Arbeit bis Ende 2015 vorsieht. Die Mehrheit der Länder hat die Bundesregierung zudem aufgefordert, einen Entwurf zur Änderung des SGB III vorzulegen, mit dem die unbefristete Förderung des dritten Jahres in der Altenpflege ermöglicht wird.

Ebenfalls auf der Tagesordnung des Ministertreffens standen **die Helfer- und Assistenzberufe in der Pflege**. Diese liegen in der Regelungszuständigkeit der Länder, während die Fachkraftberufe in der Altenpflege, der Gesundheits- und Krankenpflege sowie der Gesundheits- und Kinderkrankenpflege bundeseinheitlich geregelt sind. Die 86. Arbeits- und Sozialministerkonferenz hatte deshalb bereits 2009 beschlossen, die in der Zuständigkeit der Länder liegenden Berufsausbildungen in der Pflege attraktiver zu gestalten sowie sie mit dem Ziel der gegenseitigen Anerkennung und einer Verbesserung der Aufstiegsmöglichkeiten weiter zu entwickeln. Zu diesem Zweck wurden gemeinsame Eckpunkte, vergleichbar den Rahmenvereinbarungen der Kultusministerkonferenz, erarbeitet und nun beschlossen. Von der ASMK wurde die Bundesregierung jetzt gebeten, bei einer erfolgreich abgeschlossenen Ausbildung in den Assistenz- und Helferberufen in der Pflege im Rahmen der künftigen Pflegefachkraftausbildung eine Verkürzung der Ausbildungszeit von einem Jahr vorzusehen.

„Hamburg hat an diesem Beschlussvorschlag maßgeblich mitgearbeitet. Er enthält wichtige fachliche Festlegungen, die den Assistenz- und Helferberufen in der Pflege nach dem Muster der Hamburger Gesundheits- und Pflegeassistenz eine selbstständige berufliche Bedeutung in der Pflege zuordnen und den möglichen Durchstieg zur Pflegefachkraft absichern“, so **Senatorin Prüfer-Storcks**.

Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz
Rico Schmidt; Tel.: 428 37-2332

E-Mail: pressestelle@bqv.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/bqv

27. November 2012/bsb27

Schulzeitverkürzung und Profiloberstufe: bessere Leistung im Abitur

Längsschnittstudie KESS 12 kommt zu überraschenden Ergebnissen

Die Schulzeitverkürzung am Gymnasium von neun auf acht Jahre hat die Leistungen der Hamburger Abiturientinnen und Abiturienten in den Kompetenzbereichen Englisch, Mathematik und Naturwissenschaften nicht beeinträchtigt, sondern sogar teilweise verbessert. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie, die erstmals in Deutschland die Leistungen von Abiturienten vor und nach der Schulzeitverkürzung am Gymnasium verglichen hat. Die „KESS 12-Studie“ kommt zu weiteren bemerkenswerten Ergebnissen. So stieg die Zahl der Abiturienten in Hamburg von 3.517 im Jahr 2005 auf 4.675 im Jahr 2011 um 33 Prozent. Trotz dieser erheblichen Steigerung ist das mittlere Leistungsniveau nicht gesunken, sondern eher sogar leicht angestiegen. Gerade die in beiden Jahrgängen gut vergleichbare Spitzengruppe leistungsstarker Schülerinnen und Schüler hat deutlich zugelegt. Schulsenator Ties Rabe: „Die Studie räumt mit zwei Vorurteilen auf. Es gibt deutlich mehr Abiturienten, obwohl das Niveau nicht gesunken ist. Und: Die Schulzeitverkürzung G8 am Gymnasium hat nicht geschadet, sondern zu diesem Erfolg beigetragen.“

Um Verzerrungen aufgrund der unterschiedlich starken Schülerzahlen und unterschiedlich hohen Teilnahmequoten auszuschließen und den Einfluss von G8 besser beurteilen zu können, wurden unter anderem die 500 besten Hamburger Schülerinnen und Schüler von 2011 (KESS-Studie) mit den 500 besten von 2005 (LAU-Studie) verglichen. Der positive Einfluss von G8 zeigt sich hier besonders. Danach **haben die G8-Abiturienten sowohl im Bereich der voruniversitären Mathematik ($d = 0,35$) als auch in Englisch – allgemeines Sprachverständnis ($d = 0,48$) deutlich höhere Lernstände als die Vergleichsgruppe sechs Jahre vorher.** Ties Rabe: „G8 hat die Leistungen der Leistungsspitze in Hamburg eindeutig verbessert.“

Zugleich hat G8 (in Hamburg eingeführt im Jahr 2002) aber den anderen Schülerinnen und Schülern nicht geschadet. Im Gegenteil: 2011 haben insgesamt 1.158 mehr Schülerinnen und Schüler (+ 33 Prozent) als 2005 das Abiturniveau erreicht. Im Vergleich zu 2005 hat sich die soziale Zusammensetzung 2011 allerdings deutlich verändert. So hat sich der Anteil von Schülerinnen und Schülern aus bildungsfernen Elternhäusern verdoppelt. Trotzdem sind die schulischen Leistungen insgesamt gleich oder sogar leicht verbessert. Das ist auch deshalb bemerkenswert, weil in Hamburg die zeitgleich neu eingeführte Profiloberstufe mit ihren höheren Verpflichtungen in Deutsch, Mathematik und Englisch in diesen Fächern eigentlich höhere Ansprüche stellt als das noch 2005 geltende Kurssystem mit Grund- und Leistungskursen.

Studienleiter Ulrich Vieluf: „Die Leistungsspitze ist besser geworden, es erwerben mehr Schülerinnen und Schüler das Abitur, und trotz der deutlich höheren Abiturientenzahlen ist das Leistungsniveau nicht gesunken. Die Ursachen liegen auf der Hand: Zwischen 2005 und 2011 wurde die Schulzeit am Gymnasium um ein Jahr verkürzt und zugleich die Oberstufe reformiert. An die Stelle der Grund- und Leistungskurse trat die Profiloberstufe mit höheren Stunden- und Leistungsverpflichtungen in Deutsch, Mathematik und Englisch. Die Verdichtung der Lernzeit und die höheren Leistungsanforderungen haben offensichtlich positive Auswirkungen in Hamburg.“

Schulsenator Ties Rabe: „Die Studie zeigt: Wer mehr Schülerinnen und Schüler zu höheren Abschlüssen führen will, muss keineswegs das Leistungsniveau senken. Viele Abiturienten sind deshalb auch keineswegs ein Beweis für ein niedriges Abiturniveau. Im Gegenteil: Eine gute Schule schafft es, auch Schülerinnen und Schüler zu einem guten Abitur zu führen, für die dieser Abschluss früher unerreichbar schien. Dabei verlangen die Schulen jetzt mehr Anstrengung und Leistung als 2005. Doch gerade das – die Verdichtung der Lernzeit und die höheren Leistungsansprüche – haben offensichtlich zum Erfolg beigetragen. Das zeigt: Wenn eine Schule Leistung fordert und fördert, steigt der Bildungserfolg der Kinder.“

Die Längsschnittstudie „Kompetenzen und Einstellungen von Schülerinnen und Schülern“ (KESS) überprüft seit 2003 die Lernentwicklung eines ganzen Schülerjahrgangs in Hamburg. Nach 2003 (KESS 4), 2005 (KESS 7), 2007 (KESS 8) und 2009 (KESS 10/11) waren die Schülerinnen und Schüler dieses Jahrgangs im Mai 2011 (KESS 12) zum fünften Mal in ausgewählten Kompetenzbereichen getestet worden. Die Erhebung, an der rund 3.800 Abiturientinnen und Abiturienten teilnahmen, war im Mai 2011 am Ende der gymnasialen Oberstufe zwischen dem schriftlichen und mündlichen Abitur durchgeführt worden.

Die Untersuchung lässt einen direkten Vergleich mit den Ergebnissen der sechs Jahre zuvor durchgeführten „LAU-Studie“ zu. Auch damals waren die Abiturientinnen und Abiturienten in Englisch, Mathematik und Naturwissenschaften getestet worden. Allerdings hatten sie noch den neunjährigen Zeitraum am Gymnasium durchlaufen. Die Schülerinnen und Schüler des KESS-Jahrgangs haben demgegenüber an den Gymnasien einen um ein Jahr verkürzten Bildungsgang (G8) absolviert.

Im Englisch C-Test, der das allgemeine Sprachverständnis misst, verzeichnen die Abiturienten 2011 über alle Leistungsgruppen hinweg höhere mittlere Lernstände als 2005. Etwas weniger deutlich fallen die Verbesserungen im teilweise eingesetzten Englischtest „Test of English as a Foreign Language“ (TOEFL) aus. Doch auch hier ergibt sich 2011 ein leichter Vorsprung im Bereich Hörverstehen, in den Bereichen „Structure and Written Expression“ sowie „Vocabulary“ liegen beide Jahrgänge gleichauf.

Im Fach Mathematik unterscheiden sich beide Jahrgänge nur geringfügig: Während der Jahrgang 2005 einen etwas höheren mittleren Lernstand im Bereich der mathematischen Grundbildung verzeichnet, schneidet der Jahrgang 2011 im Bereich der voruniversitären Mathematik im Mittel etwas besser ab. Die Differenz im Bereich der mathematischen Grundbildung ist auf geringere Lernstände im unteren Viertel der Leistungsverteilung zurückzuführen, während sich die Leistungsspitzen nicht unterscheiden. Das heißt: Der Anstieg der Schülerzahlen hat in Mathematik zu schwächeren Leistungen im unteren Leistungsviertel der Schülerschaft geführt.

Im Kompetenzbereich „Naturwissenschaftliche Grundbildung“ verzeichnen die Abiturienten des Jahrgangs 2011 einen etwas höheren mittleren Lernstand am Ende der gymnasialen Oberstufe. Betrachtet man wiederum die Leistungsverteilungen, so ergeben sich für den Jahrgang 2011 Leistungsvorteile im oberen Leistungsviertel, während das untere Leistungsviertel im Vergleich mit dem Jahrgang 2005 etwas schwächer abschneidet.

Infolge der veränderten Belegauflagen der Profiloberstufe haben sich die Kurswahlen erheblich verändert: So wählten 77 Prozent der Oberstufenschülerinnen und -schüler in Englisch das erhöhte Anforderungsniveau, 2005 wählten 33 Prozent einen Leistungskurs. In Mathematik haben 42 Prozent das erhöhte Anforderungsniveau gewählt, zuvor waren es 12 Prozent. Lediglich in den Naturwissenschaften sind die Anteile ähnlich geblieben: 33 Prozent entschieden sich 2011 für das erhöhte Anforderungsniveau, 38 Prozent 2005 für einen Leistungskurs.

Link zur Kurzfassung des KESS 12-Berichts: <http://bildungsserver.hamburg.de/bildungsqualitaet/>

Für Rückfragen der Medien:

Behörde für Schule und Berufsbildung

Peter Albrecht, Pressesprecher

Tel: (040) 4 28 63 – 2003

E-Mail: peter.albrecht@bsb.hamburg.de

Internet: www.hamburg.de/bsb

28. November 2012/bsb28

Senator Rabe will Übergang vom Gymnasium in die Oberstufe der Stadtteilschule ermöglichen

Der Wechsel von Klasse 10 auf dem Gymnasium in die Klasse 11 der Stadtteilschule soll schon ab diesem Schuljahr ermöglicht werden. Schulsenator Ties Rabe: „Ich möchte, dass die jetzigen Zehntklässler schon im Sommer nach Abschluss der 10. Klasse zusätzlich die Möglichkeit zum Wechsel in die Klasse 11 der Stadtteilschule bekommen. Wir eröffnen damit einer kleinen Zahl von Schülerinnen und Schülern mit schwachen Leistungen bessere Chancen auf ein ordentliches Abitur, weil sie auf der Stadtteilschule ein Jahr mehr Lernzeit bekommen. Nach einer ausführlichen Prüfung der Vor- und Nachteile habe ich deshalb der SPD-Fraktion eine entsprechende Änderung vorgeschlagen.“

Die Entscheidung war in den letzten Wochen in der Behörde für Schule und Berufsbildung sowie dem Arbeitskreis Bildung der SPD-Bürgerschaftsfraktion sorgfältig diskutiert und abgewogen worden.

- Gegen diese Wechsellmöglichkeit spricht, dass schwächere Gymnasiastinnen und Gymnasiasten auf indirektem Wege eine Klasse wiederholen, denn sie haben bis Ende der Klasse 10 aufgrund der verdichteten Unterrichtszeit am G8-Gymnasium eigentlich nur noch zwei Jahre bis zum Abitur. Der konsequente Anschluss für die Klasse 10 des Gymnasiums ist deshalb eigentlich die Klasse 12 der Stadtteilschule, weil die Klasse 12 der Stadtteilschule der Klasse 11 des Gymnasiums entspricht. (An Gymnasien ist Klasse 10 die Vorstufe zur Oberstufe, an Stadtteilschulen die Klasse 11).
- Für einen Übergang in die Klasse 11 der Stadtteilschule spricht hingegen, dass einige leistungsschwächere Gymnasiastinnen und Gymnasiasten in der zweijährigen Oberstufe des Gymnasiums überfordert wären. Sie würden dort mit großer Sicherheit sitzenbleiben oder ein schlechtes Abitur machen oder gar scheitern. Umgekehrt hat die KESS-11-Studie gezeigt, dass diese Schülerinnen und Schüler in der dreijährigen Oberstufe der Stadtteilschule gute Chancen auf ein ordentliches Abitur haben und zudem die Oberstufen der Stadtteilschulen mit ihren Kompetenzen durchaus stärken würden.

Senator Rabe erklärt: „In der Abwägung der vielen Argumente geht es mir vor allem darum, Schülerinnen und Schülern neue Chancen zu eröffnen und das Sitzenbleiben in der Oberstufe des Gymnasiums zu verhindern. Prüfungsordnungen sind nicht in Stein gemeißelt. Es kommt darauf an, sie veränderten Gegebenheiten vernünftig anzupassen. Nach dem Regierungswechsel mussten in großer Eile die rechtlichen Grundlagen des Hamburger Schulsystems wiederaufgebaut werden. Nach dem gescheiterten Volksentscheid hatte die Vorgängerregierung versäumt, hier dauerhafte und belastbare Grundlagen zu schaffen. Es fehlten eine dauerhaft gültige Ausbildungs- und Prüfungsordnung, ein Notensystem, die Bildungs- und Lehrpläne, die Stundetafeln und der Schulentwicklungsplan. Um dem Hamburger Schulsystem eine juristisch saubere Basis zu geben, sind diese rechtlichen Grundlagen innerhalb kürzester Zeit erstellt worden. Anpassungsnotwendigkeiten werden seitdem kontinuierlich vorgenommen. Dazu zählen auch Übergangsregelungen zwischen den Schulformen. Ich werde auch in Zukunft immer dann Dinge ändern, wenn es darum geht, Schülerinnen und Schülern zusätzliche Chancen zu eröffnen und ein Scheitern innerhalb der Schullaufbahn zu vermeiden.“

Für Rückfragen der Medien:

Peter Albrecht, Pressesprecher

Behörde für Schule und Berufsbildung;

Tel: (040) 4 28 63 – 2003

E-Mail: peter.albrecht@bsb.hamburg.de, Internet: www.hamburg.de/bsb

28. November 2012/bsb28a

Wir handeln: Klimaschulen in Hamburg

Umweltsenatorin Jutta Blankau zeichnete 43 Hamburger Schulen mit dem Gütesiegel „Klimaschule 2013-2014“ im Gymnasium Allee aus

„Was mich an dem Konzept der „Klimaschulen“ überzeugt, ist, dass Klimaschutz in Schulen nicht mehr sporadisch von einzelnen Personen betrieben wird, sondern dass Klimaschutz-Maßnahmen über einen langen Zeitraum geplant und verlässlich umgesetzt werden. Klimaschulen haben sozusagen einen „grünen“ Faden für ihre Aktivitäten“, so die Senatorin für Stadtentwicklung und Umwelt, Frau Jutta Blankau in ihrer Ansprache an die 43 Hamburger „Klimaschulen 2013-2014“. Am Mittwoch, 28.11.2012 wurden die Schulen im Gymnasium Allee in Altona für ihre Klimaschutzpläne ausgezeichnet. Vor Ort wurde aus Karton-Bausteinen, die die schulischen Maßnahmen symbolisieren, eine beeindruckende Klimaschule gebaut. Das Bauwerk veranschaulicht, wie viel an den Hamburger Schulen im Klimaschutz passiert.

Ein schuleigener Klimaschutzplan dient der Reduzierung des schulischen CO₂-Ausstoßes und der Entwicklung von Handlungskompetenzen der Schulgemeinschaft im Klimaschutz. Die Schule legt im Klimaschutzplan ihre Ziele und Maßnahmen kurz-, mittel- und langfristig fest. Der Schwerpunkt liegt in der Bewusstseinsbildung durch die pädagogische Verankerung im Schulalltag und im Unterricht.

In diesem Jahr werden nicht nur 23 neue Klimaschulen ausgezeichnet, die einen Klimaschutzplan erarbeitet haben und nun umsetzen, sondern auch 20 Klimaschulen der ersten Stunde. Die sogenannten Pilotschulen haben nach zwei Jahren ihre aktualisierten Pläne eingereicht, in dem sie ihre Erfolge in der Umsetzung der geplanten Maßnahmen darlegen. Damit gibt es insgesamt 69 Klimaschulen aus allen Schulformen.

Über 500 pädagogische und technische Maßnahmen sind von den Pilotschulen bislang umgesetzt worden oder sind in Umsetzung. Insgesamt planen alle Klimaschulen bis zum Jahr 2020 über 2600 Maßnahmen. Damit sparen die Schulen dann jährlich über 6500 Tonnen CO₂ ein. Das entspricht in etwa dem Ausstoß von 15 mittelgroßen Schulen pro Jahr.

Das Gütesiegel Klimaschule

Das Gütesiegel „Klimaschule“ wird jeweils für zwei Jahre vergeben. Um es erneut zu erhalten, wird geprüft, ob die geplanten Klimaschutzaktivitäten umgesetzt wurden und der Klimaschutzplan erfolgreich fortgeschrieben worden ist.

Die Schulen werden bei der Erarbeitung und Umsetzung ihrer Klimaschutzpläne vom Projektteam „Klimaschutz an Schulen“ am Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung (LI) unterstützt, dass vom Hamburger Klimaschutzkonzept gefördert ist.

Mehr Informationen unter www.li.hamburg.de/klimaschutz.

Kontakt:

Sonja Hofmann

Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung

Projekt „Klimaschutz an Schulen“

Tel: (040) 428842-345

E-Mail: sonja.hofmann@li-hamburg.de, Internet www.li.hamburg.de/klimaschutz

Für Rückfragen der Medien:

Peter Albrecht, Pressesprecher

Behörde für Schule und Berufsbildung

Tel: (040) 4 28 63 – 2003

E-Mail: peter.albrecht@bsb.hamburg.de, Internet: www.hamburg.de/bsb



Anlage 1: Liste der Klimaschulen 2013-2014

Anlage 1: Die „Klimaschulen 2013-2014“

Gerne können Sie für Ihre Berichterstattung direkten Kontakt zu den Klimaschulen aufnehmen.

Ansprechpartner für weitere Informationen:

Sonja Hofmann

Referentin für Klimaschutz und Energie

Projekt „Klimaschutz an Schulen“

Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung (LI), Hamburg

sonja.hofmann@li-hamburg.de, Telefon 040 42 88 42 - 345

Wiedervergabe der Gütesiegel „Klimaschule“ an 20 Schulen

	Schule	Stadtteil	Kontaktperson
1	Albrecht-Thaer-Gymnasium	Stellingen	Herr Brameier Telefon 547 306 0
2	Stadtteilschule Barmbek, Standort Krausestraße	Dulsberg	Herr Krönert Telefon 428 86 27 0
3	Stadtteilschule Am Heidberg	Langenhorn	Herr Borchers, Frau Lohrengel Telefon 428 892 101
4	Stadtteilschule Eidelstedt	Eidelstedt	Frau Pellowski Telefon 428 892 201
5	Goethe Schule Harburg	Harburg	Herr Hefke, Frau Ohlhoff Telefon 428 871 0
6	Stadtteilschule Lohbrügge	Lohbrügge	Herr Kuhlmann Telefon 428 876 05
7	Stadtteilschule Walddörfer	Volksdorf	Frau Schwarz Telefon 428 854 02
8	Grundschule Kirchdorf	Kirchdorf	Herr Barth Telefon 428 852 249
9	Schule Müssenredder	Poppenbüttel	Frau Bolz-Krause- Solberg Telefon 533 068 30

	Schule	Stadtteil	Kontaktperson
10	Grundschule Nydamer Weg	Rahlstedt	Frau Diercks Telefon 428 864 60
11	Gymnasium Allee	Altona-Nord	Herr Kappler, Herr Janning Telefon 428 880 60
12	Gymnasium Oberalster	Sasel	Frau Dr. Born Telefon 600 003 0

13	Gymnasium Oldenfelde	Rahlstedt	Frau Menzel Telefon 428 86 63 01
14	Gymnasium Osterbek	Bramfeld	Herr Hanebuth Telefon 471 104 0
15	Heinrich-Hertz-Schule	Winterhude	Herr Thiel Telefon 428 891 0
16	Lise-Meitner-Gymnasium	Osdorf	Herr Hilbert, Frau Horn Telefon 428 88 52 0
17	STS Hamburg-Mitte, Standort Lohmuhle	St. Georg	Herr Steinhoff Telefon 428 974 0
18	Otto-Hahn-Schule	Jenfeld	Herr Zantke Telefon 428 873 03
19	Schule Lokstedter Damm	Groß Borstel	Frau Hansen Telefon 55 77 83 0
20	Grundschule Am Heidberg	Langenhorn	Frau Nothnagel Telefon 428 892 201

Neuvergabe der Gutesiegel „Klimaschule“ an 23 Schulen

1	Fridtjof-Nansen-Schule, Standort Fahrenort	Lurup	Herr Kelpke, Frau Tittel Telefon 840 709 0
2	Ganztagsgrundschule Sternschanze	Sternschanze	Herr Behr, Frau Naroska Telefon 428 868 30
3	Goethe-Gymnasium	Lurup	Herr Carstens Telefon 609 026 0

4	Schule Am Sooren	Rahlstedt	Frau Otten, Frau Hesse Telefon 669 99 36 0
5	Schule Krohnstieg	Langenhorn	Frau Schumacher, Frau Marx Telefon 527 39 03 0
6	Schule Brehmweg	Stellingen	Frau Tomahogh, Frau Seifert Telefon 428 886 70
7	Gymnasium Allermöhe	Allermöhe	Herr Conrad Telefon 735 932 11
8	Gymnasium Rahlstedt	Rahlstedt	Herr Rönnebeck, Frau Heinicke Telefon 428 86 65 0
9	Gyula Trebitsch Schule Tonndorf	Farmsen-Berne	Frau Shabaz, Frau Freitag Telefon 669 403 0

10	Helene-Lange-Gymnasium	Harvestehude	Frau Hermann, Frau Wohlgemuth Telefon 428 981 0
11	Schule Grumbrechtstraße	Heimfeld	Frau Hintelmann, Frau Jensen Telefon 791 881 10
12	Schule Rothestraße	Ottensen	Frau Vatterodt, Frau Wagner Telefon 428 98 70
13	Schule Weusthoffstraße	Heimfeld	Frau Agic, Frau Fischer Telefon 428 881 801
14	Stadtteilschule Am Hafen, Standort Altona	Altona-Altstadt	Herr Kost, Frau Schönsee Telefon 428 843 210
15	Stadtteilschule Langenhorn	Langenhorn	Frau Beusse-Schlegel Telefon 532 875 0

16	Stadtteilschule Oldenfelde	Rahlstedt	Frau Peters Telefon 428 866 350
17	Stadtteilschule Poppenbüttel, Standorte Schulbergredder	Poppenbüttel	Frau Ntanos Telefon 428 829 0
18	Berufliche Schule Holz Farbe Textil (G6)	Barmbek- Süd	Frau Rudolph Telefon 428 860 0
19	Berufliche Schule Recycling- und Umwelttechnik (G8)	Hamm-Süd	Herr Kutz Telefon 428 824 0
20	Berufliche Schule Schlankreye (H3)	Eimsbüttel	Herr von der Ohe Telefon 428 823 0
21	Berufliche Schule Eppendorf (H13)	Eppendorf	Herr Peters, Herr Reige Telefon 428 985 213
22	Staatliche Fachschule für Sozialpädagogik Altona (FSP2)	Altona- Altstadt	Frau Mühler Telefon 428 112 978
23	Berufliche Schule Uferstraße (W2)	Barmbek-Süd	Herr von Arps- Aubert Telefon 428 952 211

29. November 2012/bsb29

„Grenzen überwinden – Zusammenarbeit organisieren“ - Zweitägige Fachtagung der Kultusministerkonferenz zum Übergang Schule – Beruf

Ein erfolgreicher Übergang von der Schule in das Erwerbsleben ist von entscheidender Bedeutung für die gesellschaftliche und berufliche Teilhabe junger Menschen wie auch für die Sicherung des Fachkräftebedarfs in Deutschland.

Auf einer heute in Hamburg zu Ende gegangenen zweitägigen Fachtagung zum Bereich Übergang Schule – Beruf: „Grenzen überwinden – Zusammenarbeit organisieren“ hat die Kultusministerkonferenz den Stand der Entwicklung und die Angebote im Übergang Schule – Beruf bilanziert. So wurden bisherige Erfahrungen mit der Neugestaltung des Übergangs reflektiert, um daraus Folgerungen für die Optimierung der Maßnahmen und Angebote im Übergangsbereich abzuleiten und dabei neue Impulse für die länderübergreifende Zusammenarbeit gesetzt.

Senator Ties Rabe, Präsident der Kultusministerkonferenz, betonte: „Die zentrale bildungs- und sozialpolitische Herausforderung besteht darin, allen Jugendlichen den Übergang in Ausbildung und Beruf zu ermöglichen. An diesem Ziel müssen alle mitwirken, die in dieser Zeit mit den Jugendlichen arbeiten: Schule, Ausbildungsbetriebe, Kommunen, Jugendhilfe und Arbeitsagentur. Dabei stehen vier Punkte im Vordergrund:

- **Die Berufsorientierung an den allgemeinbildenden Schulen muss so weiterentwickelt werden, dass sie den Jugendlichen einen realistischen Eindruck davon vermittelt, was nach der Schule folgen kann. Sie müssen ihre eigenen Fähigkeiten und Interessen einschätzen sowie die Realität in den Betrieben kennen lernen. Nur so können sie entscheiden, welche Ziele sie anstreben.**
- **Die berufliche Ausbildung (dual und vollzeitschulisch) muss attraktiver werden: Sie muss für leistungsstarke Jugendliche zusätzlich zum beruflichen Abschluss den nächst höheren Schulabschluss und den Anschluss in den Aufstieg anbieten („Dual plus“).**
- **Berufsschulische Bildungsgänge dürfen keine Warteschleifen sein. Berufsvorbereitende Maßnahmen für Jugendliche, die nicht den direkten Übergang in eine Ausbildung schaffen, brauchen Bildungsgänge, die ihnen einen Einblick in die berufliche Wirklichkeit verschaffen. Sie müssen in der betrieblichen Praxis verankert sein. Hier werden oft Fähigkeiten von Jugendlichen entdeckt, die in der Schule niemand gesehen hat – daraus entsteht neue Motivation und Leistungsfähigkeit.**
- **Für diesen Übergangsprozess sind in Deutschland sehr viele Stellen zuständig. Die von ihnen angebotenen Maßnahmen waren in der Vergangenheit oft nicht ausreichend aufeinander abgestimmt. So sind Jugendliche durchs Raster gefallen, obwohl gleichzeitig**

Schule und Jugendhilfe oder Arbeitsverwaltung mit ihnen gearbeitet haben. Hier ist ein zentraler Punkt, um das Übergangssystem zu optimieren. Der Jugendliche braucht einen verlässlichen Ansprechpartner. In Hamburg haben wir uns deshalb dafür entschieden eine Jugendberufsagentur aufzubauen, die den Jugendlichen in den Mittelpunkt stellt und den Jugendlichen nicht damit beschäftigt, wer gerade für welche Maßnahme zuständig ist.“

In sechs Foren wurden zentrale Handlungsfelder zum Übergang Schule - Beruf am Beispiel erfolgreicher Modelle in den Ländern in den Blick genommen, Bedingungen und Erfolgsindikatoren diskutiert und folgende Leitsätze daraus abgeleitet:

1. Eine professionelle Gestaltung des Übergangs Schule-Beruf ist wesentliche Voraussetzung für einen erfolgreichen Start in das Berufsleben.
2. Durch eine dualisierte Ausbildungsvorbereitung werden die Chancen für den direkten Weg in betriebliche Ausbildung erheblich verbessert.
3. Die Anrechnung nachgewiesener Kompetenz auf eine sich anschließende Berufsausbildung steigert die Motivation und vermeidet redundante Qualifizierungen.
4. Benachteiligte Jugendliche sind durch ein frühzeitiges Erkennen und die systematische Begleitung im Übergang Schule – Beruf zu unterstützen.
5. Berufsorientierung, Beratung, Vermittlung und Begleitung der Jugendlichen werden als abgestimmtes System an einem Ort angeboten.
6. Jedem Jugendlichen eine Chance auf Ausbildung oder Studium – Keiner darf verloren gehen!

Um diese Leitsätze erfolgreich umsetzen zu können, ist es wichtig, dass alle Akteure und Anbieter im Bereich Übergang Schule-Beruf Hand in Hand zusammenarbeiten: Die Kommunen, die Länder und der Bund, genauso wie die Schulen, die Wirtschaft und die Arbeitsagenturen. Nur gemeinsam lässt sich ein passgenaues, effektives und transparentes Übergangssystem für Jugendliche entwickeln, denen der direkte Einstieg in eine Berufsausbildung nach der allgemeinbildenden Schule nicht gelingt.

Die Ergebnisse der Fachtagung werden weiter ausgewertet und im nächsten Jahr von der Kultusministerkonferenz in die Arbeit des Nationalen Paktes für Ausbildung und Fachkräftesicherung 2010-2014 eingebracht.

Für Rückfragen der Medien:

<p>Sekretariat der Kultusministerkonferenz Sylvia Schill, Presse und Öffentlichkeitsarbeit Tel. (030) 25 41 84 01 E-Mail: sylvia.schill@kmk.org Internet: www.kmk.org</p>	<p>Behörde für Schule und Berufsbildung Peter Albrecht, Pressesprecher Tel: (040) 4 28 63 – 2003 E-Mail: peter.albrecht@bsb.hamburg.de Internet: www.hamburg.de/bsb</p>
--	---

28. November 2012/bsu28

Hamburgs Großwohnsiedlung wird Europas erstes Innovationsquartier Steilshoop wird attraktiver

Grundeigentümer, private und städtische Wohnungswirtschaft sowie die Stadt investieren gemeinsam im Rahmen eines „Housing Improvement District“

Für ein innovatives - europaweit einmaliges Städtebauprojekt - in Steilshoop hat der Hamburger Senat jetzt grünes Licht gegeben. Dort kann nach amerikanischem Vorbild ein sogenanntes Housing Improvement District (HID) entstehen. Als deutsche Bezeichnung dafür wurde das Wort Innovationsquartier (InQ) gewählt.

Maßnahmen im Rahmen des „Housing Improvement District“

Eigentümer und Unternehmer investieren dabei in den kommenden fünf Jahren mehr als vier Millionen Euro. Folgende Maßnahmen sind geplant:

1. Umgestaltung der für den Autoverkehr gesperrten zentralen Achse, der sog. Mittelachse
2. Erhöhung des Sauberkeits- und Grünpflegestandards in Zusammenarbeit mit der Stadtreinigung. Hierbei handelt es sich um Leistungen, die zusätzlich zu den öffentlichen Leistungen des Bezirksamtes und der Stadtreinigung erbracht werden.
3. Verbesserung der Orientierung.
4. Imageverbesserung durch Marketing.

Begleitende Maßnahmen der Stadt

Die Stadt begleitet die Neugestaltung des Stadtteils mit eigenen Maßnahmen, für die aus dem „Rahmenprogramm integrierte Stadtteilentwicklung“ (RISE) rund 4,4 Millionen Euro bereitgestellt werden.

Schlüsselmaßnahme der RISE-Gebietsentwicklung ist dabei die Umgestaltung des Zentrums von Steilshoop rund um das Einkaufszentrum. Dabei soll eine Markt- und Eventfläche geschaffen werden, um so einen attraktiven Quartiersmittelpunkt zu ermöglichen. Er wird Raum bieten für vielfältige öffentliche Nutzungen, Nachbarn sollen sich hier künftig gern treffen.

Darüber hinaus plant die Schulbehörde, die frühere Gesamtschule Steilshoop weitestgehend abzureißen und an ihrer Stelle ein neues Schulzentrum mit Grundschule, Stadtteilschule und sozialen Einrichtungen zu bauen. 26,9 Millionen Euro werden in den Schulneubau investiert.

Zur besseren Anbindung der Großwohnsiedlung ist im Zusammenhang mit dem Busbeschleunigungsprogramm des Senats auch vorgesehen, die Businfrastruktur insbesondere der MetroBus-Linie 7 kurzfristig wie folgt zu verbessern:

- Anpassung von neun Haltestellen in Lage, Bauform, Bordhöhe, Nutzlänge und Ausstattung u.a. mit Anzeiger für Dynamische Fahrgastinformationen (insbesondere im Verlauf der Gründgensstraße in Steilshoop),
- Einrichtung einer wirkungsvollen Bevorrechtigung des Busverkehrs auf seinen Linienwegen, insbesondere durch LSA-Beeinflussung.

Außerdem gibt es Überlegungen für eine geänderte Linienführung der MetroBus-Linie 26, um mehr Fahrgästen in Steilshoop eine umsteigefreie Anbindung an die S-Bahn Rübenkamp zu bieten sowie für die Realisierung einer Bustrasse im Bereich der Bramfelder Dorfwiese, um eine schnelle und direkte Anbindung Steilshoops an Bramfeld und die dort vorhandenen Busverbindungen nach Wandsbek zu ermöglichen.

Senatorin für Stadtentwicklung und Umwelt, Jutta Blankau: „Was derzeit in Steilshoop geschieht, ist einmalig in Europa. Private Grundeigentümer, das städtische Wohnungsbauunternehmen SAGA GWG und Wohnungsbaugenossenschaften finanzieren durch eine kommunale Abgabe die Verschönerung ihres Stadtteils und die Stadt begleitet sie dabei. Gemeinsam wird es uns so in den kommenden fünf Jahren gelingen, für eine bessere Lebens- und Wohnqualität in Steilshoop zu sorgen.“

Regionalleiter der GAGFAH Group, Marc Sahling: „Die GAGFAH freut sich, dass nun die erfolgreiche Arbeit des Lenkungsausschusses Früchte tragen wird und die Einrichtung des Innovationsquartiers per Rechtsverordnung durch den Senat erfolgen soll. Die GAGFAH Group ist stolz, dazu einen Beitrag leisten zu können. Das ist wichtig, denn all dies dient der Aufwertung Steilshoops,“

Allgemeine Deutsche-Schiffszimmerer-Genossenschaft, Holger Müller: „Wir freuen uns über den Beschluss zur Einrichtung des ersten Innovationsquartiers in Steilshoop. Die im Quartier vertretenen 20 Baugenossenschaften haben in den vergangenen Jahren den Prozess einer nachhaltigen Quartiersentwicklung stets aktiv unterstützt und werden sich auch zukünftig dafür einsetzen, dass sich ihre Mitglieder mit dem Stadtteil verbunden fühlen und gern dort wohnen.“

Bau- und Immobilienunternehmen Rebien, Rainer Männert: „Als 99 Jahre altes Hamburger Bau- und Immobilienunternehmen hat sich die Familie Rebien immer an der städtebaulichen Entwicklung unserer Stadt beteiligt. Deshalb begrüßen wir das Pilotprojekt „Steilshoop“ und leisten gern unseren Beitrag – auch als Zeichen der privaten Wohnungswirtschaft, die sich einer Quartiersentwicklung nicht verschließt. Dies entspricht unserer Firmenphilosophie einer nachhaltigen Bewirtschaftung und fairer Partnerschaft mit unseren Mietern.“

Hintergrund zu HID und InQ

HIDs sind klar begrenzte Wohngebiete (Housing Districts), in denen auf Veranlassung der Betroffenen in einem festgelegten Zeitraum (maximal fünf Jahre) in Eigenorganisation Maßnahmen zur Quartiersaufwertung (Improvement) durchgeführt werden. Finanziert werden HIDs durch eine kommunale Abgabe, die alle im Gebiet ansässigen Grundeigentümer zu leisten haben. Die deutsche Entsprechung für ein HID ist das Innovationsquartier. Im Februar 2007 wurde ein Lenkungsausschuss zur Vorbereitung des Innovationsquartiers Steilshoop eingerichtet. Es wird seit dem in regelmäßigen Abständen getagt. An der Vorbereitung des HID sind die GAGFAH Group, die SAGA GWG, drei Vertreter der Genossenschaften, zeitweilig das EKZ, ein Vertreter der privaten Wohnungswirtschaft, eine Wohnungseigentümerin, ein Bewohnervertreter, das Bezirksamt Wandsbek und die BSU sowie die HafenCityUniversität vertreten.

Kontakt: Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Kerstin Graupner (040)428.40-32 49, pressestelle@bsu.hamburg.de.

26. November 2012/bwf26

Max-Planck-Gesellschaft beschließt neues Institut für Struktur und Dynamik der Materie in Hamburg

Entscheidung unterstreicht Hamburgs Spitzenstellung in der Strukturforschung und ist Signal an die internationale Wissenschaft

Der Senat der Max-Planck-Gesellschaft (MPG) hat auf seiner Sitzung am vergangenen Freitag die Gründung des neuen Max-Planck-Instituts für Struktur und Dynamik der Materie in Hamburg beschlossen. Der Gründungsbeschluss erfolgt vorbehaltlich der Zustimmung der Hamburgischen Bürgerschaft, die im Dezember entscheidet. Der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg hatte bereits im September die Weichen dafür gestellt, dass die erforderliche Sonderfinanzierung in Höhe von 37 Millionen Euro für einen Neubau geleistet werden kann. Wenn die Hamburgische Bürgerschaft zustimmt, ist der Weg frei für eine anschließende Befassung der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK), die der Aufnahme in die überregionale Bund-Länder-Finanzierung zustimmen muss.

Prof. Dr. Peter Gruss, Präsident der Max-Planck-Gesellschaft: „Ich freue mich sehr, dass die international hoch angesehene und fruchtbare Zusammenarbeit zwischen dem Deutschen Elektronen-Synchrotron (DESY), der Universität Hamburg und der MPG im Anwendungszentrum Center for Free-Electron Laser Science (CFEL) sich im Bereich neuartiger Strahlungsquellen weiter intensiviert.“ Wissenschaftssenatorin **Dr. Dorothee Stapelfeldt**: „Der Beschluss der Max-Planck-Gesellschaft ist eine richtungweisende Entscheidung für Wissenschaft und Forschung in Hamburg. Der Hamburger Senat hat es sich zum Ziel gesetzt, Hamburg zu einem internationalen Zentrum für die Strukturforschung zu machen und die internationale Sichtbarkeit des Forschungscampus Bahrenfeld zu erhöhen. Die Entscheidung der Max-Planck-Gesellschaft bestätigt, dass Hamburg schon heute über hervorragende Expertise auf diesem Gebiet verfügt, die durch die Magnetwirkung des neuen Instituts weiter verstärkt würde.“

Die Entscheidung der Max-Planck-Gesellschaft fügt sich in die Politik des Hamburger Senats ein, Hamburg weiter als Standort für weltweite Spitzenforschung zu profilieren. Ziel ist es, disziplinenübergreifend die Kompetenzen zwischen einem Max-Planck-Institut, der Universität

Hamburg, dem Deutschen Elektronen-Synchrotron (DESY) sowie dem Anwendungszentrum Center for Free-Electron Laser Science (CFEL) zu bündeln und eine wissenschaftliche Verknüpfung zu schaffen, die in dieser Art nur in Hamburg existiert. Hamburg ist hier bereits heute unter anderem hervorragend ausgewiesen mit dem Exzellenzcluster „Hamburg Centre for Ultrafast Imaging – CUI“, einem Forschungsverbund von Hamburger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern der Universität Hamburg, dem DESY, der Max-Planck-Gesellschaft, dem CFEL, dem European X-Ray Free-Electron Laser (European XFEL) sowie weiterer Einrichtungen.

Das neue Institut wird sich der Erforschung der Materie im Bereich nanoskopischer Längen und ultrakurzer Zeitskalen widmen. So wird die Abteilung des Gründungsdirektors **Prof. Dr. Andrea Cavalleri** mit Laserstrahlung unterschiedlicher Wellenlängen die kollektiven Eigenschaften von Festkörpern untersuchen und kontrollieren sowie dabei detailliert verfolgen, wie sich Atome und Elektronen verhalten. Erst kürzlich gelang es einem Team um Andrea Cavalleri, ein keramisches Kuprat mit Terahertz-Strahlung in den supraleitenden Zustand zu bringen, in dem das Material seinen elektrischen Widerstand verliert. Ein Ziel der Gruppe am Max-Planck-Institut für Struktur und Dynamik der Materie wird es sein, die zugrundeliegenden Prozesse in dem Material detailliert aufzuklären und den Effekt auszunutzen, um Materialien bei bislang unerreichten Temperaturen supraleitend zu machen. Um die genaue Beobachtung atomarer Bewegungen und elektronischer Prozesse geht es auch bei der Forschung in der Abteilung des zweiten Gründungsdirektors **Prof. Dr. Dwayne Miller**. Ein Schwerpunkt seiner Forschung wird darin liegen, chemische Reaktionen mit atomarer Auflösung zu filmen. Insbesondere Proteine sollen beim Verrichten ihrer biochemischen Arbeit verfolgt und so die Funktionsweise grundlegend verstanden werden. Dazu hat das Team um Dwayne Miller die weltweit einzigartige Elektronen-Quelle REGAE entwickelt. Weiterhin arbeitet sein Team an einer neuen Methode, mittels Infrarot-Lasern Gewebeschnitte fast ohne anschließende Narbenbildung zu realisieren. Ein solches – aus Erkenntnissen der Grundlagenforschung erwachsenes – Infrarot-Skalpell könnte schon in naher Zukunft die Laserchirurgie revolutionieren.

Möglich sind die geplanten Untersuchungen an dem neuen Institut erst dank großer methodischer Fortschritte, vor allem in der Spektroskopie mit ultrakurzen, brillanten Laserpulsen. Besonders wichtig ist in diesem Zusammenhang die Entwicklung der Freie-Elektronen-Laser, die extrem kurze, energiereiche Röntgenpulse erzeugen. Sie könnten es künftig ermöglichen, die Struktur einzelner Proteinmoleküle aufzuklären. Dementsprechend werden die Strukturbiologie sowie die Vervollkommnung der Methoden, die Freie-Elektronen-Laser nutzen, weitere Forschungsschwerpunkte des neuen Instituts sein. Die experimentellen Untersuchungen werden dabei in allen Bereichen von theoretischen Studien flankiert, um die Beobachtungen auf dem völlig neuen Gebiet der Physik umfassend zu erklären und ein tiefgreifendes Verständnis zu ermöglichen, wie Struktur und ihre Dynamik die Funktionalität von Materie bestimmen.

Für das neue Institut kam laut Max-Planck-Gesellschaft nur Hamburg als Standort in Frage. Zum einen gibt es hier im Rahmen von CFEL eine seit Jahren gewachsene intensive Zusammenarbeit mit der Universität Hamburg und dem DESY im Bereich der Photonik und Strukturaufklärung. Zum anderen erfordert die besondere Mission des Instituts Zugang zu Hochleistungsstrahlenquellen, wie sie derzeit in Deutschland nur in der Hansestadt mit dem Freien Elektronen Lasern FLASH und dem European XFEL, der Synchrotronstrahlungsquelle PETRA-III und der in der Gruppe um Dwayne Miller entwickelt und gebauten relativistischen Elektronenkanone REGAE zur Verfügung stehen.

Mit insgesamt 17 Nobelpreisträgerinnen und Nobelpreisträgern ist die Max-Planck-Gesellschaft die erfolgreichste deutsche Wissenschaftsorganisation. Max-Planck-Institute entstehen nur um weltweit führende Spitzenforscherinnen und Spitzenforscher und sie stellen im lokalen Umfeld einer Universität durch ihre hohe Reputation sowie ihr einzigartiges Organisationsprinzip einen wesentlichen Standortfaktor für die Wissenschaft und die Wirtschaft dar. In Hamburg sind bereits seit 1956 das Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht sowie das 1975 gegründete Max-Planck-Institut für Meteorologie ansässig.

Für Rückfragen:

Dr. Alexander von Vogel
Pressesprecher, Behörde für Wissenschaft und Forschung
Tel: 040/42863-2322
E-Mail: alexander.vonvogel@bwf.hamburg.de

Felicitas von Aretin
Pressesprecherin, Max-Planck-Gesellschaft
Tel: 089/2108-1227
E-Mail: aretin@gv.mpg.de

28. November 2012/bwf28

Wattforscher gewinnen ersten Norddeutschen Wissenschaftspreis für Kooperationen in der Meeresforschung

Sieger bei feierlicher Preisverleihung im Hamburger Rathaus ausgezeichnet

Der erste Norddeutsche Wissenschaftspreis geht an die Forschergruppe „BioGeoChemie des Watts“. An der Wissenschaftskooperation sind die Universität Oldenburg, das Forschungsinstitut Senckenberg am Meer sowie das Max-Planck-Institut für Marine Mikrobiologie in Bremen beteiligt. Ebenfalls geehrt wurden die zweit- und drittplatzierten Projekte „Vom Biodiversitäts-,Hotspot‘ zum geologischen Archiv: Kaltwasserkorallen-Ökosysteme entlang der europäischen Kontinentalhänge“, beantragt von der Universität Bremen sowie MIMAS, „Mikrobielle Interaktionen in Marinen Systemen“ – ein Verbund zur Erforschung mariner Bakterien unter der Regie der Universität Greifswald.

Die Entscheidung über die Gewinner hatten die norddeutschen Wissenschaftsminister/innen und -senatorinnen auf ihrer gemeinsamen Herbsttagung in Bremen gefällt. Dabei folgten sie der Empfehlung der international besetzten wissenschaftlichen Auswahlkommission zu den drei Finalisten.

Das Preisträgerprojekt wurde durch Hamburgs **Wissenschaftssenatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt** bekanntgegeben: „Alle drei Forschungsverbünde zeichnen sich durch wissenschaftliche Exzellenz, ein großes Maß an Interdisziplinarität und einen hohen Kooperationsgrad zwischen Hochschulen, außeruniversitären Einrichtungen und Unternehmen aus“, sagte Senatorin Stapelfeldt anlässlich der feierlichen Preisverleihung im Hamburger Rathaus. „Die DFG-Forschergruppe ‚BioGeoChemie des Watts‘ hat uns unter anderem deshalb überzeugt, weil die beteiligten Partner ihre Zusammenarbeit mit Kooperationsverträgen verbindlich geregelt und dadurch nachhaltige wissenschaftliche Strukturen geschaffen haben.“

Die Arbeitsweise und die wissenschaftlichen Inhalte der Forschungsk Kooperationen wurden während der Preisverleihung durch drei Filme des Norddeutschen Rundfunks erläutert. Der NDR hat für die erste Ausschreibung des Wettbewerbs die Medienpartnerschaft übernommen und die norddeutsche Meeresforschung auch einem breiteren Publikum auf vielfältige Weise medial näher gebracht. Durch die Preisveranstaltung führte die **Moderatorin Julia Westlake**. Ihre Gesprächsgäste waren Vertreterinnen und Vertreter des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und aus Brüssel, der stellvertretende Vorsitzende des Konsortiums Deutsche Meeresforschung, Prof. Dr. Peter Herzig, sowie Vertreterinnen und Vertreter der norddeutschen Wissenschaftsministerien.

Zu der zweistündigen Festveranstaltung waren etwa 100 Persönlichkeiten aus der gesamten norddeutschen Wissenschaftsszene sowie aus Politik und Gesellschaft gekommen. Für den

musikalischen Rahmen sorgte die Hamburger Jazzformation „Benny Brown Band“. Sie hatte eigens für die Verleihung den maritimen Song „Waterworks“ komponiert.

Hintergrund:

Der Norddeutsche Wissenschaftspreis ist mit 50.000 Euro dotiert. Mit ihm werden erfolgreiche länderübergreifende Kooperationen in der Wissenschaft gewürdigt und besser sichtbar gemacht, auch über die Landesgrenzen hinaus. Er wird gemeinsam von den Wissenschaftsministerien der Länder Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Schleswig-Holstein, der Freien Hansestadt Bremen und der Freien und Hansestadt Hamburg vergeben.

Bewerben können sich länderübergreifende Wissenschaftskooperationen, die bereits länger bestehen, sich durch wissenschaftliche Exzellenz auszeichnen und zur Wettbewerbsfähigkeit norddeutscher Wissenschafts-Netzwerke beitragen. Die nachhaltige Wirkung der Kooperationen ist dabei ein wichtiger Aspekt.

Der Preis soll für vorerst fünf Jahre jährlich verliehen werden, jedes Mal zu einem anderen Thema. Die Federführung für alle fünf norddeutschen Länder hatte in diesem Jahr die Freie und Hansestadt Hamburg, das Thema der ersten Ausschreibung lautete „Kooperationen in der Meeresforschung“. Ausrichter der zweiten Wettbewerbsrunde im kommenden Jahr ist die Freie Hansestadt Bremen.

Bitte beachten Sie die Sperrfrist bis Donnerstag, 29. November 2012, 11.00 Uhr!

Weiterführende Informationen finden Sie auf der Homepage unter:

www.norddeutscher-wissenschaftspreis.de.

Für Rückfragen:
Freie und Hansestadt Hamburg
Behörde für Wissenschaft und Forschung
Pressearbeit Norddeutscher Wissenschaftspreis
Julia Rauner
Tel: 040/428 63-2339
E-Mail: julia.rauner@bwf.hamburg.de

Medienpartner



28. November 2012/pr28

„Hamburg wächst durch Mobilität zusammen“

Bürgermeister Scholz eröffnet die U4-Verbindung in die Hafencity

Nach rund fünfjähriger Bauzeit hat Hamburgs Erster Bürgermeister Olaf Scholz am Mittwoch die U-Bahn-Verbindung zur Hafencity eröffnet. Am Morgen fuhr erstmals ein Zug der Linie U4 vom U-Bahnhof Jungfernstieg zur neuen Station Hafencity Universität. Bürgermeister Scholz sagte bei der Eröffnung, die neue U-Bahn-Verbindung werde einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, das höher werdende Verkehrsaufkommen im Innenstadtbereich zu bewältigen. „Die Hafencity braucht einen leistungsfähigen öffentlichen Nahverkehr. Die U4 ist dazu ein sehr geeignetes Mittel“, sagte Scholz.

Die U4 verbinde nun die Innenstadt und den Hauptbahnhof mit dem Überseequartier, der Hafencity Universität und perspektivisch mit den Elbbrücken, sagte der Erste Bürgermeister weiter. Täglich würden bis zu 35.000 Fahrgäste die neue Strecke benutzen. „Damit wird die U4 auch helfen, die ambitionierten städtebaulichen und Klimaschutzpolitischen Zielsetzungen zu erreichen, die Hamburg sich gesetzt hat. Und sie wird eine Entlastung der Innenstadt vom Straßenverkehr sowie die weitere Verbesserung der Standortqualität und der Erschließung der Hafencity ermöglichen“, so der Erste Bürgermeister. „So wächst Hamburg durch Mobilität zusammen.“

Vom morgigen Donnerstag an haben alle Hamburgerinnen und Hamburger die Möglichkeit, die neue Linie im kostenlosen Schnupperbetrieb kennen zu lernen. Zum Fahrplanwechsel wird sie am 9. Dezember 2012 den regulären Betrieb aufnehmen.

Christoph Holstein

Senatssprecher

Rathausmarkt 1, 20095 Hamburg

Tel.: 0404283122 44

Mobil: 01702881809

Mail: Christoph.Holstein@sk.hamburg.de

29. November 2012/bwvi29

Gemeinsam für den Hafen

Deutliche Entlastung für Großschiffe in Hamburg

Der Hamburger Hafen wird die Anlaufkosten für Großschiffe deutlich senken. Wirtschaftsbehörde, Hamburg Port Authority (HPA) und Hafenvirtschaft reagieren damit auf die anhaltenden Restriktionen bei sogenannten Revierfahrten auf der Elbe. Ziel ist die Wettbewerbsfähigkeit des Hamburger Hafens vor dem Hintergrund des Beschlusses des Bundesverwaltungsgerichtes in Leipzig zur Fahrinnenanpassung zu stärken.

Im Zuge der schwierigen Situation auf den internationalen Schifffahrtsmärkten haben insbesondere die Terminalbetriebe in den vergangenen Jahren den Linienreedereien bereits substantielle Preissenkungen eingeräumt. In einer konzertierten Aktion von Hafenverwaltung und Hafendienstleistern werden der internationalen Schifffahrt im Jahr 2013 darüber hinaus nachfolgende Vergünstigungen gewährt.

- 1. Hafengeld/AGF-Rabatt:** Das Hafengeld wird weiter bei einer Containerschiffsgröße von 110.000 BRZ gedeckelt. Für besonders große Schiffe wird ein zusätzlicher AGF-Rabatt (Außergewöhnlich große Fahrzeuge) eingeführt, der zu einer Entlastung um sechs beziehungsweise zwölf Prozent beim Hafengeld führt (Rabatt auf Schiffe mit mehr als 360 Metern Länge: 1.500 Euro; Rabatt auf Schiffe mit mehr als 390 Metern Länge: 3.000 Euro).
- 2. Hafengeld/Transshipment-Rabatt:** Der bereits geplante Rabatt auf das Hafengeld für Transshipment-Container wird beibehalten, jedoch auf den 1. April 2013 vorgezogen und um 20 Prozent erhöht.
- 3. Hafengeld/Environmental Ship Index:** Für besonders umweltfreundliche Schiffe (ESI > 50 Pkt.) wird die Kappungsgrenze beim Rabatt um gut 30 Prozent von 1.500 auf 2.000 Euro angehoben. Der zusätzliche ESI-Rabatt zielt damit insbesondere auf die neu in Dienst gestellten Schiffe der ULCS-Größenklasse (Ultra Large Container Ships).
- 4. Hafengeld/jährliche Anpassung:** Die regelmäßige Anpassung des Hafengeldes an die steigenden Kosten des Hafenbetriebs, die für 2013 mit 1,9 Prozent vorgesehen ist, wird nicht wie geplant zum 1. Januar 2013 eingeführt sondern auf den 1. April 2013 verschoben; dies entspricht einer Zurücknahme der Erhöhung um 25 Prozent.
- 5. Weitere Maßnahmen:** Die Hafendienstleister werden die o.g. Maßnahmen im Rahmen ihrer operativen Möglichkeiten ergänzen. Mit der WSD Nord sind Gespräche über eine Deckelung bei den Lotsgelder und Lotsabgaben für die Revierfahrt auf 110.000 BRZ aufgenommen.

6. Verkehrsmanagement auf der Elbe: Das Verkehrsmanagement auf der Elbe und im Hamburger Hafen wird noch stärker an die Anforderungen der besonders großen Schiffe ausgerichtet. Die vermehrten Anläufe dieser Schiffsgößen erfordern neben dem Einsatz neuester Verkehrsleittechnik auch einen ausreichenden Personalstamm. Aus diesem Grund hat die HPA bereits das Personal in der Nautischen Zentrale aufgestockt. Insbesondere die Koordination sogenannter Begegnungsverkehre auf der Elbe kann somit noch weiter verbessert werden.

Wirtschaftssenator Frank Horch sagt zu den vereinbarten Maßnahmen: „Besonders betroffen von den Verzögerungen bei der Fahrrinnenanpassung sind die Containerschiffe der neuesten Generation mit mehr als 10.000 TEU Ladekapazität, die den Hamburger Hafen nicht voll beladen erreichen- und verlassen können. Mit der Entlastung bei den Gebühren machen wir nicht nur deutlich, dass wir jeden einzelnen Kunden langfristig an uns binden wollen, sondern auch, dass wir eine hervorragende Kooperation mit der gesamten Hafenwirtschaft pflegen und zum Wohle des Hafens und des gesamten Standortes an einem Strang ziehen.“

„Ich freue mich, dass es gelungen ist, auf der Basis einer konzertierten Aktion von Senat, Hafenverwaltung und Wirtschaft ein Maßnahmenpaket abzustimmen und damit ein Signal in die internationalen Schifffahrtsmärkte zu senden. Ich bin zuversichtlich, dass die hohe Effizienz unseres Hafens verbunden mit diesen Kostenerleichterungen Hamburg weiterhin zum attraktivsten europäischen Hafen für Asienverkehre machen.“, so Fritz Horst Melsheimer, Präses der Handelskammer Hamburg.

Jens Meier, Geschäftsführer Hamburg Port Authority: „Der Hamburger Hafen hat eine sehr gute Wettbewerbsposition in Europa. Zusammen mit Politik und Hafenwirtschaft wollen wir dafür sorgen, dass der Hafen in einem zunehmend schwierigeren Marktumfeld gut aufgestellt ist.“

Gunther Bonz, Präsident des Unternehmensverbandes Hafen Hamburg e.V.: „Mit diesem Maßnahmenpaket, das für die Schifffahrtsunternehmen zu einer weiteren Kostenentlastung führen wird, setzt der Hafen Hamburg ein wichtiges Zeichen im internationalen Wettbewerb. Die Hamburger Hafenwirtschaft als Teil der Allianz zur Stärkung des Hafenstandortes leistet ihren Beitrag zu einem verbesserten Verkehrsmanagement, um die Abfertigung insbesondere der durch die weitere Verzögerung der Fahrrinnenanpassung betroffenen Großschiffe zu optimieren.“

Rückfragen:

Pressestelle der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Susanne Meinecke

Tel.: 040-42841- 2239

Email: pressestelle@bwvi.hamburg.de

30.11.2012/kb30

Der Hamburger Senat würdigt Hamburger Autorin

Tina Uebel erhält den Hubert-Fichte-Preis

Der Hamburger Senat zeichnet die Autorin Tina Uebel mit dem Hubert-Fichte-Preis 2012 aus. Die 1969 in Hamburg geborene und hier lebende Schriftstellerin erhält den Preis für ihr Gesamtwerk. Die Preisträgerin, ursprünglich Grafikerin und Illustratorin, hat bereits fünf Romane, zahlreiche Kurzgeschichten und Reportagen veröffentlicht, in denen sie sich stilistisch zwischen Belletristik und literarischer Reportage bewegt.

Kultursenatorin Prof. Barbara Kisseler: „Mit dem Hubert-Fichte-Preis würdigt der Hamburger Senat Schriftstellerinnen und Schriftsteller, die in ihrem literarischen Schaffen eine besondere Beziehung zu Hamburg aufweisen. Das Werk von Tina Uebel erfüllt dies in besonderem Maß und steht außerdem in einer deutlichen Tradition zum Werk Hubert Fichtes. Zu dem Preis gratuliere ich ihr sehr herzlich.“

In der Begründung der Jury zur Verleihung des Preises heißt es: „Hellwach, mit Humor und Sympathie für die menschliche Komödie richtet Tina Uebel ihren Blick dahin, wo außerhalb des allgemeinen Wahrnehmungsraders Grenzerfahrungen gemacht werden. Das kann ganz in der Nähe sein oder auf einem anderen Kontinent, am Gartenzaun zum Nachbargrundstück oder im Kongo, in der Schule eines bürgerlichen Wohnviertels wie in der Eiswüste der Antarktis. [...] Dabei schreibt sie Szenen, die man nicht wieder vergisst, in denen sich die Sprengkraft der teilnehmenden Beobachtung zeigt.“

Prof. Barbara Kisseler wird den Preis am 30. Januar 2013 im Literaturhaus Hamburg an Tina Uebel überreichen. Die Laudatio wird Dr. Martin Hielscher vom C.H. Beck Literaturverlag halten. Der mit 7.500 Euro dotierte Hubert-Fichte-Preis der Freien und Hansestadt Hamburg wird seit 1995 alle vier Jahre im Gedenken an den Schriftsteller Hubert Fichte verliehen. Die bisherigen Preisträger sind Ginka Steinwachs, Brigitte Kronauer, Peer Hultberg, Frank Schulz und Karen Duve. Jurymitglieder waren dieses Jahr: Dr. Antje Flemming (Literatur- und Medienwissenschaftlerin.), Barbara Heine (Journalistin), Dr. Werner Irro (Lektor), Wend Kässens (Literaturkritiker, Lektor, Redakteur) und Stephan Samtleben (Buchhändler).

Für Rückfragen:

Enno Isermann;

Pressestelle der Kulturbehörde

Tel: 040 / 42824 – 207; enno.isermann@kb.hamburg.de

Terminkalender

Vom 3. Dezember bis 9. Dezember 2012

Die Hinweise dienen nur zur Information; sie gelten nicht als Einladung. Auskünfte über Fototermine und Möglichkeiten der Berichterstattung, die im Rathaus stattfinden, werden unter der Rufnummer 428 31 - 2182 erteilt.

Montag, den 03.12.2012

ganztägig

Kiel

Senator Frank Horch nimmt an der **Wirtschaftsministerkonferenz** teil.

10:00

Pflegen und Wohnen, Heinrich-Hertz-Straße 90

Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks spricht anlässlich der **Auftaktveranstaltung „Vernetztes Wohnen im Quartier“** ein Grußwort.

16:00

Handelskammer Hamburg, Adolphsplatz 1

Staatsrat Dr. Michael Voges nimmt an der **Auszeichnungsveranstaltung „Schulpreis der Hamburger Wirtschaft“** teil und spricht ein Grußwort.

16:00

Rathaus, Raum II

Staatsrat Wolfgang Schmidt nimmt an der jährlichen **Vorstandssitzung der Hamburger Stiftung für politisch Verfolgte** teil.

17:00

Handelskammer Hamburg, Adolphsplatz 1

Staatsrat Dr. Ralf Kleindiek nimmt an einer **Informationsveranstaltung zum Transparenzgesetz** der Handelskammer Hamburg teil.

19:00

Rathaus, Großer Festsaal

Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks gibt einen **Senatsempfang anlässlich des Welt-Aids-Tages**.

19:00

Literaturhaus, Schwanenwik 38

Senatorin Prof. Barbara Kisseler verleiht die **„Förderpreise für Literatur 2012“**.

19:00

HCU, City Nord, Gebäude A, Hebebrandstraße 1

Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt spricht anlässlich der **Eröffnung der Jahresausstellung der HafenCity Universität** ein Grußwort.

Dienstag, den 04.12.2012

09:30

Handelskammer, Adolphsplatz 1

Staatsrat Andreas Rieckhof spricht anlässlich des **Besuchs des stellvertretenden Vorsitzenden des Wirtschaftskomitees der Stadt St. Petersburg** ein Grußwort.

12:00

Rathaus, Bürgermeistersaal, Turmsall

Bürgermeister Olaf Scholz begrüßt die **neuen Leiter des Konsularischen Korps im Rahmen eines Senatsfrühstücks**.

Staatsrat Wolfgang Schmidt nimmt teil.

14:00

Rathaus, Bürgermeistersaal

Senator Ties Rabe verleiht als KMK-Präsident den „**Oppenberg-Medienpreis**“ der **Stiftung Lesen** und spricht ein Grußwort.

- 14:00** GdW, Charlottenstr. 16, Berlin
Staatsrat Michael Sachs nimmt an der **Gremiumssitzung des Bundesverbandes Deutscher Wohnungs- und Immobilien-Unternehmen e.V.** teil.
- 17:00** Behörde für Justiz und Gleichstellung, Drehbahn 36, 20354 Hamburg
Senatorin Jana Schiedek nimmt die **Ergebnisse des Schülerprojekts „diskurslernen“ der Hamburger Stiftung für Wirtschaftsethik zum Thema „Gesetzlich geregelte Frauenquote für Unternehmen“** entgegen.
- 18:30** Rathaus, Kaisersaal
Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt spricht im Rahmen eines **Senatsempfangs „Internationale Studierende“** ein Grußwort.
- Mittwoch, den 05.12.2012**
- 10:00** Rathaus, Bürgermeisteramtszimmer
Bürgermeister Olaf Scholz empfängt den **Bürgermeister von Palermo, Leoluca Orlando**, zum Gespräch.
- 12:00** CCH, Saal 2
Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks eröffnet den **Kongress der Deutschen Interdisziplinären Vereinigung für Intensiv- und Notfallmedizin** mit einem Grußwort.
- ganztägig** Hotel Neptun, Seestraße 19, 18119 Rostock-Warnemünde
Senator Michael Neumann und Staatsrat Volker Schiek nehmen vom 05.12. – 07.12.2012 an der **Innenministerkonferenz in Mecklenburg-Vorpommern** teil.
- 14:00** Container Terminal Tollerort
Senator Frank Horch nimmt an der **Übergabe einer Elektroauto-Flotte an die HHLA** teil.
- 14:00** Rathaus, Großer Festsaal
Bürgermeister Olaf Scholz spricht im Rahmen des diesjährigen **Senatsempfangs „Hamburg engagiert sich – Ehrenamt macht Schule“** ein Grußwort.

Senator Ties Rabe, Staatsrat Dr. Michael Voges und Staatsrat Jan Pörksen nehmen teil.
- 18:00** Hotel Vier-Jahreszeiten, Neuer Jungfernstieg
Staatsrätin Elke Badde nimmt am **Empfang des japanischen Generalkonsuls** teil.
- 18:00** US-Konsulat, Alsterufer 27/28
Bürgermeisterin Dr. Dorothee Stapelfeldt spricht anlässlich **„the lighting of the Consulate Christmas tree“** ein Grußwort.

Senator Dr. Peter Tschentscher nimmt teil.
- 18:30** Kunstverein, Klosterwall 23
Staatsrat Dr. Nikolas Hill spricht beim **Jahresempfang der Hamburgischen Kulturstiftung** ein Grußwort.
- 19:00** Ärztehaus, Humboldtstraße 56

Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks nimmt an einer **Podiumsdiskussion im Rahmen der Mitgliederversammlung der Psychotherapeutenkammer** teil.

- 19:00** Hamburger Hafen und Logistik AG, Bei St. Annen 1
Senatorin Jutta Blankau hält ein **Impulsreferat bei der „Hamburger Runde“**.
- 19:00** Körberforum, Kehr wieder 12
Staatsrat Wolfgang Schmidt und Staatsrat Dr. Ralf Kleindiek nehmen an einer **Veranstaltung der Hamburger Stiftung für politisch Verfolgte „Im Kampf gegen die Mafia – Stimmen der Freiheit“** teil.
- 19:30** Weißer Saal des Ameron Hotel Königshof, Adenauerallee 9, Bonn
KMK Präsident Ties Rabe und Staatsrat Dr. Michael Voges nehmen an dem **KMK-Kamingespräch mit Stiftungen** teil.
- Donnerstag, den 06.12.2012**
ganztägig Graurheindorfer Straße 157, Bonn
KMK Präsident Ties Rabe, Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt und Staatsrat Dr. Michael Voges nehmen an der **340. Plenarsitzung der Kultusministerkonferenz** teil.
- 10:00** Hotel Steigenberger, Heiligengeistbrücke 4
Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks nimmt an der **Vorstellung des Endoprothesenregisters** Deutschland teil.
- 10:00** Berlin
Bürgermeister Olaf Scholz nimmt an der **Konferenz der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder und der anschließenden Besprechung mit der Bundeskanzlerin** teil.
- 11:00** Bayerische Landesvertretung Berlin, Behrenstraße 12/22
Senatorin Prof. Barbara Kisseler nimmt an der **Sitzung des „Hörfunkrats“** teil.
- 15:30** Finnische Seemannskirche, Ditmar-Koel-Straße 6
Senator Frank Horch spricht im Rahmen eines Empfangs anlässlich des **finnischen Nationalfeiertags** ein Grußwort.

Staatsrat Dr. Ralf Kleindiek nimmt teil.
- 16:00** Rathaus, Großer Festsaal
Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks ist Gastgeberin des **Senatsempfangs Blutspenderehrung**.
- 17:00** Hauptkirche St. Katharinen, Katharinenkirchhof 1
Senatorin Jutta Blankau spricht anlässlich des **Advents-Empfangs der Evangelisch-Lutherischen Kirche Norddeutschlands** ein Grußwort.

Senator Detlef Scheele, Staatsrat Jan Pörksen und Staatsrat Dr. Ralf Kleindiek nehmen teil.
- 18:30** Handelskammer, Adolphsplatz 1
Senator Frank Horch, Staatsrat Jens Lattmann und Staatsrat Dr. Ralf Kleindiek nehmen am diesjährigen **traditionellen Reederessen des Verbands Deutscher Reeder** teil.
- 18:30** Elbpanorama, Atlantic Haus, Bernhard-Nocht-Str. 113
Staatsrat Michael Sachs nimmt an dem **BFW Nord Weihnachtsempfang** teil.

19:00 Hamburg Cruise Center Altona, Van-der-Smissen-Straße 4, 22767 Hamburg
Senatorin Schiedek, Senator Dr. Peter Tschentscher und Staatsrat Dr. Nikolas Hill nehmen an der **Jubiläumsveranstaltung „60 Jahre Tagesschau“** teil.

Freitag, den 07.12.2012

09:00 Handelskammer
Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks spricht anlässlich des **Symposiums für integrierte Gesundheitslösungen** ein Grußwort.

09:00 Handelskammer
Senator Dr. Peter Tschentscher spricht anlässlich der **29. Hamburger Tagung zur Internationalen Besteuerung** ein Grußwort.

11:00 Rathaus, Kaisersaal
Bürgermeisterin Dr. Dorothee Stapelfeldt hält im Rahmen eines Senatsempfangs eine Laudatio anlässlich des **15-jährigen Jubiläums des Architektur-Centrums**.

Staatsrat Michael Sachs nimmt teil.

13:00 Grundschule Vizelinstraße, Vizelinstraße 50
Senator Ties Rabe weiht den **Schulneubau Vizelinstraße** ein und spricht ein Grußwort.

19:00 Thalia Theater, Alstertor
Senatorin Prof. Barbara Kisseler besucht eine **Vorstellung von „Jeder stirbt für sich allein“**.

Samstag, den 08.12.2012

19:00 Hochschule für Musik und Theater (HfMT), Harvestehuder Weg 12
Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt spricht im Rahmen eines Festaktes anlässlich des **60. Geburtstages des Präsidenten der Hochschule für Musik und Theater, Professor Elmar Lampson**, ein Grußwort.

Sonntag, den 09.12.2012

10:00 Hauptkirche St. Jacobi, Jakobikirchhof 8
Senator Michael Neumann nimmt am **Festlichen Adventsgottesdienst für die Hamburger Polizei** teil.

14:00 Hospitalstraße 111
Senator Ties Rabe nimmt an der **Veranstaltung „25 Jahre Türkischer Elternbund“** teil spricht ein Grußwort